

BRIV

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

1. Juni 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F7 Jannowitz 2582 und 0498.

5. Jahrgang Nr. II

Lernt vom Gegner!

Gerade jetzt kann man vom Gegner sehr viel lernen. — Da haben wir z. B. innerhalb des Bürgertums die Erscheinung, daß die NSDAP. alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums und kläglicher Reste der Deutschnationalen, aufgefressen hat.

Wie hat Hitler das erreicht, etwa durch besonders scharfen Kampf gegen diese bürgerlichen Parteien? Oh nein — gerade das Gegenteil ist der Fall. Die NSDAP. ist groß geworden, ohne diese bürgerlichen Parteien stark zu berennen geschweige denn zu bekämpfen. Ihr wütender Kampf gilt einzig und allein dem Marxismus, also der Arbeiterbewegung. Ihr seit Jahren geführter gehässiger Kampf mit den brutalsten Mitteln gegen die Linksparteien war dem Bürgertum der Scheinbeweis, daß diese Partei die Interessen der bürgerlichen Schichten vertritt, während sie in Wirklichkeit nur die Ausführer des Großkapitals ist. Damit ist eine Einheitsfront der verschiedensten bürgerlichen Schichten herbeigeführt, die in dem Erfolg der Wahlen ihren Niederschlag gefunden hat.

In Deutschland haben wir zwei große proletarische Parteien, die SPD. und die KPD., daneben eine Reihe kleinerer, von diesen Parteien abseits stehender Gruppen, neuerdings noch eine dritte Partei, die SAP. — all diese sind proletarischen Charakters. Wir haben weiter auf dem Boden dieser Parteien stehende mächtige Kultur- und Sportorganisationen und Gewerkschaften, die Millionenmassen vereinen. Auch sie werden mehr oder minder vom Faschismus bekämpft.

Angesichts der Gefahr der Machtübernahme durch den Faschismus in Deutschland sollte man meinen, daß es Aufgabe dieser Parteien und Organisationen wäre, diese Millionenmassen der Proletarier zu einem Mindestprogramm im Kampfe gegen den Faschismus zu vereinen, die dann eine gewaltige, unüberwindliche Macht darstellen würden. — In der Stunde der Gefahr, wo die Vernichtung aller proletarischen Vereinigungen durch den Faschismus besteht (siehe Verbot der proletarischen Freidenker), muß ein Weg für ein gemeinsames Mindestprogramm gefunden werden. Wohl wissen wir, daß die Leitung der SPD. sich in verlogenen bürgerlichen Gedankengängen bewegt, daß sie auf Grund dessen als proletarische Partei nicht bewertet werden kann; feststeht aber, daß Millionen Massen sie noch als solche erachten. Das zeigen die Mitgliederzahlen in der SPD, in den freien Gewerkschaften, in den Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen der SPD. Mit diesen Massen muß man daher rechnen, wenn man den Gegner des Proletariats schlagen will.

Die KPD., die infolge der Tolerierungspolitik der SPD. die Möglichkeit der Sammlung der durch diese Politik abgestoßenen Proletarier hat und damit die Voraussetzung zu einer Massenpartei in sich trägt, versteht es gleichfalls nicht, durch ihre Ideologie der Diktatur über das Proletariat, das Vertrauen dieser Massen in den aufgezeichneten Organisationen zu gewinnen. — Ihre Einheitsfronttaktik ist nichts weiter denn Phrase. Anstatt zu versuchen, diese proletarischen Massen gegen den Faschismus zu vereinen, erblickt sie ihre Hauptaufgabe darin, alles, was im proletarischen Lager wagt, an ihrer Linie etwas auszusetzen, auf das wütendste zu bekämpfen. Dort, wo Proletarier, durch die SPD.-Politik abgestoßen, sich wieder sammeln in neuen Organisationen, wurden sie nur so lange geduldet, als sie sich unter das Diktat der Partei stellten. Wagten sie, ihr Selbstbestimmungsrecht zu vertreten, wurden sie von dieser Partei mit den schäbigsten Methoden bekämpft.

Damit haben diese Massen das Vertrauen, das sie zur KPD. gefaßt hatten, wieder verloren.

Diese großenwahnigen Gedankengänge, daß jeder Arbeiter, der zur SPD. kein Vertrauen mehr hat, nun gleich hundertprozentiger Kommunist sein muß, müssen aus den Köpfen der Führer dieser Partei erst einmal verschwinden, wenn sie Wert darauf legt, eine Massenpartei zu werden.

Angesichts der verschleierte Generalsdiktatur, der drohenden Kriegsgefahr, der parlamentarischen Ent-

scheidung über Regierungsbildung macht sich die KPD. eines Verbrechens schuldig, wenn sie nicht den Versuch unternimmt, über alles Trennende hinweg die gesamte Arbeiterklasse zu einem Mindestprogramm zu vereinen.

In dieser Situation, wo es um Sein oder Nichtsein der revolutionären Kräfte des Proletariats geht, hat die KPD. sich zu entscheiden, ob sie einen Block und ein Bündnis mit allen dem Faschismus feindlichen Parteien und Organisationen schließen will und damit die Machtübernahme durch den Faschismus verhindern will oder ob sie die Nazis zur Regierung verhelfen will.

In der gegenwärtigen Periode, wo es um die Schicksalsfrage der Arbeiterbewegung geht, dürfen die Auffassungen und grundverschiedenen Tendenzen der einzelnen Organisationen und Parteien kein Hindernis sein für das große Ziel — den Todfeind des Proletariats, den Faschismus, erfolgreich zu bekämpfen. Auch die Bolschewiki in Rußland schufen im Sommer 1917 im Kampfe gegen den Kornilow-Putsch ein Bündnis

Selbstentlarvung der Nazis

Auf Grund der Wahlergebnisse sowohl im Reich wie auch in Preußen wird die Regierungsumbildung forciert betrieben. Die Teilnahme der Nazis an den Regierungsgeschäften wird überall als nicht zu verhindernde Tatsache anerkannt.

Die Nazis werden damit vor die Alternative gestellt, ihren Millionen Wählermassen zu zeigen, ob sie es besser machen können; den Wählermassen, denen sie hemmungslos alles Mögliche versprochen haben. Daß all diese Versprechungen nur zum Wählerfang bestimmt waren, gehen sie jetzt offen und brutal zu. So schreibt ein gewisser Dr. Krebs im „Hamburger Tageblatt“, einem Organ der NSDAP., folgendes:

„Viel wichtiger als die Frage, in welchen Formen sich die nationalsozialistische Machtergreifung vollziehen wird, erscheint uns jene andere, welche praktischen Möglichkeiten sich für uns in der Regierung ergeben. Hier nun müssen wir vor einem Wunderglauben warnen, der bei manchen Leuten, die allerdings von dem wahren Willen der NSDAP. wenig wissen, in der letzten Zeit um sich gegriffen hat.

Die wahrscheinlichen Koalitionsbedingungen der Partei und die Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage des Kapitalismus können zurzeit auch nicht anders gemeistert werden, als das bisher geschah.

Stärker noch als diese Koalitionsbindungen werden sich zweifellos die nun einmal vorhandenen Verhältnisse auswirken. Ein Volk, das durch einen Krieg, durch eine verlorene Revolution und eine dreizehnjährige Mißwirtschaft bitter arm geworden ist, kann auch durch einen Regierungswechsel nicht von heute auf morgen wieder reich werden.

All die Probleme der Arbeitslosigkeit, der Kreditknappheit, der schwindenden Kaufkraft können nur aufgegriffen und allmählich gelöst werden. Ein großer Teil unserer innenpolitischen Schwierigkeiten läßt sich zudem nur außenpolitisch anpacken.

Aus alledem geht klar hervor, daß wir uns unter gar keinen Umständen irgendwelchen Spießrillusionen hingeben dürfen. Von Wohlleben, bequemer Satttheit und ähnlichen schönen Dingen wird auch in den nächsten Jahren nicht die Rede sein können. Unser Kampf ging nicht und geht nicht um die wirtschaftliche Besserstellung einzelner Menschen oder einzelner Klassen, sondern um die Freiheit und die Zukunft der deutschen Nation. — Daran soll jeder denken, wenn er in den kommenden Monaten seine persönlichen Wünsche unerfüllt sehen muß.“

Hier sprechen die Nazis offen aus, daß auch sie nur durch weitere unerhörte Ausbeutung der werktätigen Massen zu regieren gedenken, daß die werktätige Bevölkerung weiter hungern muß, daß es nicht auf die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse, sondern auf die Stärkung des deutschen Imperialismus ankommt.

Damit streifen sie die Maske der Volksfreundlichkeit ab, noch bevor sie die Macht in die Hände nehmen.

Hier grinst den Wählern aus dem Lager der gläubigen Kleinbürger und der verirrtten Arbeiter, die diese Partei als den Hoffnungsstern aus ihrem Elend betrachteten, die nackte Fratze der Geldgeber aus dem Lager des unheimlichen Profitbangenden Kapitalismus entgegen. Die Thyssen und Co. reiben sich im Hintergrund zufrieden die Hände.

mit den Menschewiki, den Sozialrevolutionären und der bürgerlichen Kerenski-Regierung.

Der Faschismus steht in Deutschland vor der Tür. Die sozialdemokratischen Arbeiter, große Teile der mit der KPD Sympathisierenden, ja sogar kommunistisch organisierte Arbeiter, würden jegliches Vertrauen zur KPD. verlieren, wenn durch die Außerachtlassung der Zusammenballung aller linksstehenden Kräfte durch die KPD. den Nazis der Weg freigemacht würde zu ihrer Gewaltherrschaft.

Die geschichtlichen Erfahrungen in anderen Ländern sollten die kommunistische Partei warnen. — Außenparlamentarischer Kampf, von dem die KPD. so viel spricht, bedingt auch, alles zu versuchen, um einen Block mit allen proletarischen Kräften zu schaffen, der dringend notwendig ist zum weiteren außenparlamentarischen Kampf, auch notwendig ist, um die Führer der SPD. zu zwingen, abzutreten und somit die KPD. zur proletarischen Massenpartei zu gestalten.

Die Arbeiterklasse Deutschlands steht gegenwärtig vor schwersten Entscheidungen. Versagt die Partei, die sich Führerin des revolutionären Proletariats nennt, in dieser Stunde, dann wird das Elend und die Unterdrückung, die daraus erwächst, die Mitschuld dieser Partei sein!

Aus dieser Selbstentlarvung müssen die Arbeiter, die mit diesem Betrug sich einfangen ließen, eine Lehre ziehen. Aber auch die übrige Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftsrichtung, muß hieraus erkennen, daß sie sich zu einem viel schärferen Kampf gegen diese Nazipest zusammenschließen hat und daß alle heute gegenüber dieser Gefahr als nebensächlich zu betrachtenden Fragen, Parteidoktrin und Weltanschauungen zurückgestellt werden müssen, um den allein zu beselenden Gedanken des einheitlichen Kampfes gegen den Faschismus in den Vordergrund zu bringen.

Jetzt heißt es, die wirkliche Einheit des Proletariats im Kampfe gegen diesen Faschismus und die ihm innewohnende Reaktion aufbauen! Die nicht zu leugnenden Tatsachen der erlittenen Niederlage der Arbeiterschaft durch die Wahlen müssen die Arbeiterklasse zu einer Entscheidung bringen.

Wenn man bisher noch der Auffassung war, daß die Reihen der proletarischen Parteien für den faschistischen Angriff undurchbrechbar seien, so haben die Tatsachen der letzten Zeit das Gegenteil bewiesen. Damit ist auch bewiesen, daß die Politik der Arbeiterparteien es nicht verstanden hat, sich bei den Massen der Erwerbstätigen das notwendige Vertrauen zu verschaffen. — Bei der SPD. ist dieses nicht zu verwundern. Die verderbliche Tolerierungs- und Koalitionspolitik gegenüber dem Kapital und seinen Helfern, das Zurückweichen bei den Lohnbaumaßnahmen und den Verschlechterungen der sozialen Einrichtungen mußte dazu führen, daß große Teile von Arbeitern, Angestellten, kleinen Geschäftsleuten und Handwerkern, soweit sie sich nicht zur revolutionären Front durchgerungen hatten, in das Lager des Nationalsozialismus gedrängt wurden.

Aber auch bei der KPD. müssen die Gründe erforscht werden, die dazu führten, daß Hunderttausende der früheren kommunistischen Wähler zu den Nazis übergingen. Ist doch von kommunistischen Zeitungen offen zugegeben worden, daß beim zweiten Wahlgang am 10. April verschiedene Tausende von Kommunisten Hitler gewählt haben.

Das zeigt, daß auch dort Fehler begangen worden sind. Daß dort Mißstände herrschen, die den revolutionär denkenden Arbeiter abstießen. — Diese Fehler haben wir schon des öfteren aufgezeichnet, da wir als revolutionäre Gewerkschaftler ja täglich Kostproben davon bekommen. Da durch diese Fehler der Partei die Arbeiterklasse Schaden erleidet, werden wir, auch wenn man uns immer wieder als Renegaten und Konterrevolutionäre bezeichnet, diese ins rechte Licht rücken allüberall, wo wir Gelegenheit haben, zu Arbeitern zu sprechen. Die kommunistische Lehre von Karl Marx ist und bleibt der Leitstern unserer Industrie-Verbände. Sie aus unseren Hirnen zu verbannen, wird auch der heutigen Führung der KPD. nicht gelingen. Wir wissen jedoch auch, daß wir eine starke revolutionäre Massenpartei des Proletariats brauchen, um gerade der faschistischen Gefahr zu begegnen. Versteht die Kommunistische Partei in dieser Stunde der drohenden Gefahr, aus den Fehlern eine Lehre zu ziehen und alles Trennende der revolutionären Kräfte in diesem Ringen um Sein oder Nichtsein beiseite zu stellen und sich damit das Vertrauen der Arbeiterklasse wieder zu erringen, dann wird die Arbeiterklasse Deutschlands Herr über den Faschismus werden, im anderen Falle trägt die KPD. ihr gerüttelt Maß Schuld an der weiteren Verelendung, an dem Untergang des Proletariats.

Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter

Der Kampf der böhmischen Bergarbeiter beendet

Der Kampf der böhmischen Bergarbeiter beendet.

Der große Generalstreik der böhmischen Bergarbeiter mußte abgebrochen werden, nachdem die Bürokratie der reformistischen Gewerkschaften sich am grünen Tisch mit den Unternehmern geeinigt hatte.

Das abgeschlossene Abkommen ist ein Kompromiß auf Kosten der Arbeiter. Die Erbitterung unter den Massen der Werktätigen, die sich glänzend gehalten und die sich auch durch die blutigen Attacken der Gendarmerien und Militärs, welche der auf Seiten der Kohlenbarone stehende Staat gegen die Arbeiter einsetzte, nicht zerrütten ließen, ist groß.

Was keine Macht zustande gebracht hätte, haben die reformistischen Gewerkschaftsführer zustande gebracht, indem sie durch Anwendung raffinierter Mittel die geschlossene Front der Streikenden sprengten und dadurch die Kampfkraft der Arbeiter lähmten.

Das Fehlen einer starken revolutionären unabhängigen Klassenkampforganisation, die einstmals in dem Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband der Tschechoslowakei vorhanden war, ist auch hier, wie überall, der Grund, daß die Reformisten dieses schändliche Verräterspiel treiben konnten. Die reformistischen Verbände sabotierten den Kampf; der unter kommunistischer Führung stehende Rote Verband war nicht die Kraft zur Sammlung der Arbeiter unter seiner Fahne.

Die gewaltige Organisation des IAV. zerschlug man 1928 und 1929, weil sie sich nicht mehr als willenloses Werkzeug der Kommunistischen Internationale benutzen lassen wollte, weil die Leitung dieser Organisation nicht die Massen der Arbeiter durch sinnlose Streiks immer mehr ins Elend hineinziehen wollte, und zog dafür neue, unter kommunistischer Diktatur stehende Verbände auf, die ohne wesentlichen Einfluß geblieben sind, da auch sie, wie in Deutschland, nach den Methoden der RGO. arbeiteten.

Die Lehre dieses gewaltigen Kampfes ist, wie überall, die Notwendigkeit starker revolutionärer unabhängiger Klassenkampforganisationen. Erst dadurch wird das verräterische Spiel des Reformismus in allen Ländern ausgeschaltet werden können!

Die Maske der Demokratie wird fallen gelassen

Überall gehen die herrschenden Klassen dazu über, das demokratische Mäntelchen abzustreifen und die diktatorischen Forderungen aufzubauen. — Das Klasseninteresse der Bourgeoisie kann die Demokratie nicht mehr gebrauchen. Die Weltkrise hat den Kapitalismus so erschüttert, daß Ruhe und Ordnung nur noch mit Gewalt und Terror erzielt wird.

Diese Entwicklung ist in allen kapitalistischen Staaten zu erkennen. So erfahren wir aus Manchester, daß die dortigen Wehereibesitzer den Beschluß gefaßt haben, alle mit den Arbeitern bestehenden Arbeitsverträge zu kündigen und dann den Abschluß neuer Kollektivverträge abzulehnen. Löhne und Arbeitszeit sollen in Zukunft nur noch nach freiem Ermessen der Unternehmer festgesetzt werden. — Damit wird den englischen Gewerkschaften für ihre reformistische, kapitalfreundliche Haltung die Quittung gegeben. Sie werden damit von den Unternehmern als überflüssig erachtet.

Ähnliches sehen wir in Norwegen. Dort bereitet die Regierung drei Gesetze von einschneidender Bedeutung für die Arbeiterklasse vor:

1. Verbot von Streiks und Boykott bei Arbeitsstreitigkeiten.
2. Gesetz zur Errichtung einer Bürgerwehr nach finnischem Muster, der Lappo-Bewegung.
3. Beseitigung des Stimmrechtes und Wählbarkeit von Arbeitslosen und Unterstützungsempfängern.

Hier will man also den Kampf der Arbeiter bei Arbeitskonflikten ausschalten, wie es in Deutschland ja praktisch schon der Fall ist. Daneben will man eine faschistische Schutzgarde für das Kapital großziehen — auch nach deutschem Muster —, und 3. will man die Arbeiter, die durch das kapitalistische Profitsystem zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind, noch zu Menschen zweiter Klasse stempeln.

In Deutschland streben die Unternehmer im Ruhrbergbau, wo jetzt die Schlichtungsverhandlungen über Lohn und Arbeitszeit beginnen, auf ein dem bisherigen System entgegengesetztes sogenanntes Auflockerungssystem bewußt und konsequent hin. Sie wollen die Löhne differenzieren, d. h. es soll eine Spanne von 12 Prozent geschaffen werden, in der sich in Zukunft die Löhne bewegen. Der Reichsarbeitsminister hat diesbezüglich ein sogenanntes Tarifverfeinerungsprogramm entwickelt, nach dem die Zechen, die in ländlichen Gegenden liegen, oder die Zechen, die mit schwierigen geologischen Abbaubehältnissen oder mit sonstigen wirtschaftlichen Rentabilitätsbeschwerden zu rechnen haben, gestattet sein soll, mindere Löhne zu zahlen. Dies läuft praktisch auf eine Aufhebung des Tarifwesens hinaus.

Wir sehen in allen Ländern die gleichen Motive, die bankrotte Profitwirtschaft auf Kosten der Arbeiter aufrechtzuerhalten. Wann endlich werden die Arbeiter sich die Worte, das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, zu eigen machen und danach handeln?

Neuer Unterstützungsabbau — neue Steuern — neues Elend!

Um den Fehlbetrag des Reichshaushalts in Höhe von 1,3 Milliarden Mark zu decken, sind neue Notverordnungen im Gange, womit wiederum die Aermsten der Armen belastet werden sollen.

Nach den Berichten bürgerlicher Blätter sind für die neue Notverordnung folgende Maßnahmen in Vorbereitung: Die Arbeitslosenunterstützung soll nur noch 13 Wochen gewährt werden.

Die Unterstützungssätze für alle Erwerbslosen sollen um 20 Prozent gekürzt werden. Durch eine verschärfte Bedürf-

tigkeitsprüfung hofft man mehrere Hunderttausend Erwerbslose ganz streichen zu können. — Die bisherige Bürgersteuer soll verdoppelt werden; dadurch würde dieselbe in Berlin bei Alleinstehenden 36 RM, bei Ehepaaren 54 RM betragen. Alle Beamten sollen zur Krisensteuer herangezogen werden.

Die bisherige Befreiung der Steinkohlenbergarbeiter von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung soll aufgehoben werden.

Die Invalidenrenten sollen um 7 RM, die Witwenrenten um 5 RM, die Waisenrenten um 4 RM abgebaut werden.

Zur selben Zeit, wo man den Aermsten der Armen von ihren Bettelpfennigen noch Abzüge macht, hat die Reichsregierung die Vermögenssteuer um 20 Prozent herabgesetzt.

Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

Ein Mahnruf an alle in der Graphischen Industrie Beschäftigten

Kollegen! Macht endlich Schluß mit der Gleichgültigkeit! Wollt ihr noch länger gleichgültig und tatenlos eurer Verelendung zusehen? Wollt ihr bei eurer Arbeit hungern? Erkennt, daß zur Aenderung eurer Lohnverhältnisse auch andere Gewerkschaften notwendig sind, als die das Kapital unterstützenden freien Gewerkschaften, daß hierzu Klassenkampforganisationen sein müssen. Diese sind vorhanden, jedoch das Gros der Arbeiter kann sich aus alter Tradition noch nicht von den Unterstützungsorganisationen, die jeden Lohnraub willig hinnehmen, trennen. Die seit 1920 bestehenden Industrieverbände, aufgebaut auf der Grundlage: ein Industriezweig — ein Verband, wollen alle in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie beschäftigten Arbeiter, ganz gleich, ob Buchbinder, Buchdrucker, ob Galanterie-, Kartonnagen-, Wellpappearbeiter und -arbeiterinnen, zu einem festen Block gegen das immer frecher auftretende Unternehmertum im Industrieverband für das graphische Gewerbe zusammenzufassen, um auf der Grundlage des Klassenkampfes den schärfsten Kampf gegen die Verelendung zu führen, daneben die Mitglieder im marxistischen Sinne zu schulen und bei allen Kämpfen finanziell und ideell tatkräftig zu unterstützen. Will die Arbeiterschaft nicht im Elend untergehen, dann ist es an der Zeit, sich in starken, selbständigen Klassenkampforganisationen das Fundament zum Abwehrkampf gegen Unternehmerwillkür zu schaffen.

Es gilt daher, sich einzureihen in den Industrieverband für das graphische Gewerbe, Zentrale Berlin S 14, Kommandantenstraße 63-64, 3 Treppen.

Es fehlt der Wille zur Abwehr

Die Führer der freien Gewerkschaften, die die Schlagkraft der Organisationen nicht zur Abwehr des Lohnabbaues benutzen, gebrauchen sehr oft hierbei die Ausrede, die Arbeiter sind zu schlecht organisiert — daher kann der Kampf nicht durchgeführt werden.

Nun gibt es aber einen Verband, in dem die in diesem Beruf Beschäftigten hundertprozentig organisiert sind — dies ist der Deutsche Buchdruckerverband. Neunzig Prozent der Beschäftigten sind im Buchdruckerverband, der Rest bei den Christen und Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften organisiert.

Außerdem verfügt der Deutsche Buchdruckerverband infolge seiner hohen Beiträge, die über 5,— RM die Woche in Berlin betragen, über einen sehr guten Kassenbestand. Trotzdem lassen sich die Unternehmer auch von dieser Organisation nicht ins Bockshorn jagen. Sie konnten ihre wichtigsten Forderungen durchsetzen. In fast allen Berliner Betrieben sind die Ueberbezahlungen abgebaut, Verschlechterungen des Urlaubs und der Prozente für Sonntagsarbeit, Verschlechterungen der Kostgeldsätze für Lehrlinge erfolgt.

Der Buchdruckerverband hat den Schiedsspruch des Zentralschlichtungsamtes abgelehnt, jetzt aber durch eine freiwillige Vereinbarung diese Verschlechterungen sanktioniert.

Trotzdem man also in diesem Verband die Ausrede der schlechten Organisation der betreffenden Berufsgruppe nicht anwenden kann, wurden die Verschlechterungen nicht abgelehnt, und die hundertprozentig organisierten Buchdrucker werden diese Verschlechterungen schlucken. Dadurch zeigt sich deutlich, daß es nicht nur auf die gute organisatorische Erfassung der Berufstätigen, sondern vor allem auf den Kampfeswillen der Berufstätigen ankommt. — Die geistige Beeinflussung der Mitglieder der freien, christlichen und Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften in Wort und Schrift ist nicht auf den Willen zum Kampf gegen das Kapital, sondern auf Nichtgefährdung des kapitalistischen Systems eingestellt. Dadurch wird der Kampfwillen der Arbeitenden gelähmt und erstickt. Zum Kampf gegen die Verelendung müssen Klassenkämpfer erzogen werden, müssen Klassenkampforganisationen vorhanden sein.

Kampfeswille kann nur erzeugt werden durch Einhämmern des Klassengedankens in die Hirne der Arbeiterklasse. — Das sollte die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften sein!

Kapitalistische Ordnung

Abgewiesenes Geschenk! Der brasilianische Staat Sao Paulo hat kürzlich der österreichischen Regierung ein Quantum von 600 000 Kilo Kaffee mittlerer Qualität angeboten, der gegen Ersatz der Einfuhrspesen zur Gratisverteilung an österreichische Arbeitslose geliefert werden sollte. Selbst wenn man diese mit den Unkosten belastet hätte, so hätte man das Kilo immer noch für einen Schilling abgeben können. (Ein Schilling gleich 0,59 RM.) In Oesterreich erhob sich aber seitens der Kaffeimporteure und Kolonialwarenhändler gegen dieses Projekt ein solcher Sturm (die Winterhilfe lehnte sogar die Verteilung ab, indem sie sich Anfang April auflöste!), daß die Regierung das Geschenk abweisen mußte. Die „Ordnung“ ist wieder einmal gerettet!

Ein Wort an alle berufstätigen Frauen und Mädchen!

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Deutschland ist prozentual in ständigem Wachstum begriffen. Während die Statistik 1892 fünf Millionen erwerbstätiger Frauen angibt, steigt diese Zahl im Jahre 1925 auf 11,5 Millionen. Sie ist heute infolge der Millioenzahl Erwerbsloser nicht etwa um den Prozentsatz, den die Erwerbslosenziffer allgemein ausmacht, gefallen, sondern noch gestiegen.

Im Jahre 1929 waren es 39,8 Prozent Frauen, die im Erwerbsleben standen. Von den 1925 statistisch nachgewiesenen 11,5 Millionen waren fast 4 Millionen verheiratet. Sie mußten also trotz ihrer Verheiratung, trotz ihrer Hausarbeit noch dem Unternehmer ihre Arbeitskraft verkaufen.

Den größten Prozentsatz weiblicher Arbeiter stellt die Textil- und Bekleidungsindustrie, dort sind es fast zwei Drittel. Dann folgt die Kautschuk-, Papier- und Nahrungsmittelindustrie mit mehr denn einem Viertel, dann die elektrotechnische, chemische und Metallindustrie mit 18 bis 20 Prozent aller Beschäftigten.

Der Lohn der weiblichen Arbeiter schwankt allgemein zwischen 50—65 Prozent des Lohnes der männlichen Arbeiter der gleichen Industrie.

Angesichts dieser niedrigen Löhne der weiblichen Arbeiter und Angestellten und der mehr und mehr durchgeführten Rationalisierung, die die Ersetzung von Fachkräften durch angelernte oder ungelernete Kräfte erlaubt, ist es das Bestreben der Unternehmer, mehr und mehr die teure männliche Arbeitskraft durch eine billigere weibliche zu ersetzen, die selbstverständlich das Gleiche leisten muß.

In unzähligen Arbeiterfamilien ist heute der paradoxe Zustand eingetreten, daß der arbeitslose Mann zu Hause sitzt, während die Frau im Betriebe arbeitet und von ihrer kärglichen Entlohnung die Familie erhalten muß.

Die reformistischen Gewerkschaften haben wohl versucht, die weiblichen Arbeiter für ihre Viktoria-Versicherungsgewerkschaften zu gewinnen, sie haben jedoch durch ihre Tolerierungs- und Erhaltungspolitik des Kapitals dazu beigetragen, daß das Verhältnis der Entlohnung weiblicher Arbeiter gegenüber den männlichen immer schlechter wurde.

Da nun die proletarische Frau immer mehr Ausbeutungsobjekt des Kapitalismus wird, muß sie als ebenbürtige Kameradin des Mannes auch Zeit, Energie und Bewegungsfreiheit aufbringen, um an der Seite der proletarischen Männer als Klassenkämpferin für bessere Entlohnung, für die Freiheit ihrer Klasse einzutreten.

Die Befreiung der proletarischen Frau wird ebensowenig wie die Befreiung des gesamten Proletariats mit dem Stimmzettel erkämpft. Seite an Seite mit den männlichen Klassen-genossen muß die Frau daher sich einreihen in die gewerkschaftliche und politische Klassenfront des Proletariats.

Frauen, welche im Produktionsprozeß, ganz gleich ob in Fabrik, Büro, Haushaltung, im Handel oder in der Heimarbeit für den Unternehmer fronden, müssen sich zumindest in die gewerkschaftliche Klassenfront einreihen.

Leider sind es gerade die Frauen, die in dieser Hinsicht sehr wenig für die Organisation aufbringen. Einmal um den Beitrag zu sparen, das andere Mal weil bei ihnen zu wenig Verständnis für ein Klassenbewußtsein vorhanden und zum großen Teil die Ausrede gilt, daß es Sache der Männer ist, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Dabei verkennen sie jedoch, daß bei dem starken prozentualen Verhältnis der weiblichen Beschäftigten in allen Industriezweigen ein Erfolg des Kampfes nur dann aussichtsreich erscheinen kann, wenn alle Beschäftigten, ohne Unterschied des Geschlechts, daran teilnehmen. — Sind es doch gerade die finanziellen Verhältnisse des Unorganisierten, die ihn im Kampfe dazu treiben, Verräter an seinen Arbeitsbrüdern zu werden, indem er Streikbrecherarbeit leistet.

Hier sind gerade die Frauen auf Grund ihrer starken Unorganisiertheit der Hemmschuh für die Auslösung von Kämpfen. Deshalb ist bei der immer stärker werdenden weiblichen Beschäftigung auf die Organisation der weiblichen Arbeitskräfte ein viel größeres Gewicht zu legen.

Die Kollegen müssen die Kollegin im Betrieb als Mitkämpferin betrachten und versuchen, sie für die Organisation zu interessieren.

Der organisierte Arbeiter muß in seiner Familie, bei seinen Töchtern, bei der Frau, die auf Grund der erbärmlichen Löhne gezwungen ist, mitzuverdienen, endlich dahin wirken, daß auch sie organisiert sind, wird doch das Kämpfen des Mannes viel schwerer, geradezu aussichtslos, wenn hinter ihm ein Heer von unaufgeklärten, unorganisierten Frauen steht, wenn noch in seiner eigenen Familie die Notwendigkeit des Kampfes nicht erkannt wird.

Bei Herabdrückung des Lohnes, ganz gleich in welcher Industrie, wird sich der Nachteil stets in sämtlichen Industriezweigen bemerkbar machen.

Was jedoch bei der Organisation erwerbstätiger Frauen notwendig ist, ist ihnen klarzumachen, daß sie sich zusammenschließen in Organisationen, die den Klassenkampfcharakter als vornehmstes Gesetz betrachten, die noch gewillt sind, gegen das Kapital zu kämpfen und, nicht wie die Freien Gewerkschaften, die Anerkennung des kapitalistischen Profitsystems und dessen Aufbau als ihre heiligste Aufgabe betrachten.

Diese Gewerkschaften kommen daher für die Organisation der Frauen nicht in Frage. Wenn ihnen heute noch Millionen angehören, so in der Illusion, daß sie aus dem Geldschrank dieser Gewerkschaften auf Grund des Aufbaues aller möglichen Unterstützungen auch einmal ein paar Mark erhalten werden, die dabei jedoch nicht bedenken, daß sie durch ihre Mitgliedschaft in diesen Gewerkschaften sich mitschuldig machen an der Verschlechterung ihrer Lebenslage. Wenn sie sich für Zeichen der Not oder des Alters versichern lassen wollen, so gibt es dafür genügend Versicherungsinstitute. — Die Gewerkschaften haben eine andere Aufgabe — sie haben die alleinige Aufgabe, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen und für die Bildung und Schulung ihrer Mitglieder im marxistischen Sinne Sorge zu tragen. Alles andere sind Profit- oder Reklamegeschäfte.

Die Arbeiterklasse hat den Kampf gegen das kapitalistische Profitsystem zu führen! Wer dieses bekämpfen will, muß sich gewerkschaftlich einreihen in eine Klassenkampforganisation. Dieses sind die im Bund revolutionärer Industrie-Verbände vereinigten Organisationen.

Wir appellieren daher an alle Kollegen unserer Organisationen, mitzuhelfen an der Organisation aller weiblichen Arbeitskräfte.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telephon: A 7 Dönhoff 3110

Streik der Gefat-Belegschaft zusammengebrochen

Wie wir in unserer letzten Nummer berichteten, trat die Belegschaft der Gefat (Gesellschaft für automatische Telefonie) am 3. Mai in einen Streik bzw. wurde ausgesperrt, weil sie eine vom Unternehmer verfügte Lohnkürzung nicht hinnehmen wollte. Der Streik hat nach einer Dauer von 15 Tagen mit einer völligen Niederlage der Gefat-Arbeiter geendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 19. Mai zu den von der Firmenleitung gestellten Bedingungen, die äußerst hart und brutal sind und mit deren Annahme sich die Belegschaft der schrankenlosen Willkür des Unternehmers ausgeliefert hat. Außer den enormen Lohnkürzungen hat die Firma erreicht, daß alle ihr unliebsamen Elemente aus dem Betriebe entfernt wurden. Mehr als 40 Kollegen blieben als Gemaßregelte auf der Strecke. Die wiederingestellten Arbeiter gelten als neuangestellt. Alle aus dem vorhergehenden (vor dem Streik bestandenen) Arbeitsverhältnis datierenden Vergünstigungen sind erloschen. Die Auswahl der Einstellenden, 66 an der Zahl, nahm die Firma vor (daß hier nach Gunst verfahren und „Meisters Lieblinge“ besonders berücksichtigt wurden, ist klar). Damit soll aber nicht gesagt sein, daß alle Eingestellten zu dieser Kategorie gehören. Wir wissen sehr wohl, daß sich auch unter den „Auserwählten“ wirklich ehrliche proletarische Elemente befinden. Das Tollste aber, was sich die Firma erlaubte, ist, daß die zur Entlassung gekommenen Arbeiter in ihre Entlassungspapiere den Vermerk „Wegen Arbeitsverweigerung“ erhielten, was nach Lage der Dinge eine ungeheuerliche Lüge ist. Hat sich doch die Mehrheit der Belegschaft auf den Standpunkt gestellt, daß sie zur Aufnahme der Arbeit bereit ist, sofern die Firma von einer Maßregelung absieht und alle am Streik Beteiligten wieder einstellt. Damit haben die Kollegen ihre (wenn auch unter dem Druck der Verhältnisse erzwungene) Bereitwilligkeit zur Arbeitsaufnahme klar zum Ausdruck gebracht. Wenn nun die Firma herkommt und solche Vermerke, wie den oben angeführten, in die Papiere schreibt, dann ist das eine ganz gemeine, niederträchtige und nichtswürdige Handlung, die die Grenze des gesetzlich Erlaubten weit überschreitet und vor die Schranken des Gerichts gehört. Die Firma hat sich einer Erpressung schuldig gemacht und gehört auf die Anklagebank.

Daß es überhaupt zu einem solchen Verhandlungsergebnis kommen konnte, wird erst dann verständlich, wenn man erfährt, daß der DMV. wieder derjenige war, welcher seine schmutzige Hand dem Unternehmer zur Durchführung seiner Pläne bot. In der am 18. Mai stattgefundenen Streikversammlung gab Hentschel von DMV. Bericht über die mit den Vertretern des VBML und der Firma geführten Verhandlungen. Daraus ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß der DMV. nicht das Mindeste für die Wiedereinstellung der Kollegenchaft unternommen hatte. Alles, was der DMV. sich durchzusetzen bemühte, war, den Streik unter allen Umständen zum Erliegen zu bringen, was ihm auch gelang. Die Einstellung des DMV. geht auch daraus hervor, daß er den Streik nicht sanktionierte, weil er sich als Vertragspartner des VBML im „gesetzlichen Rahmen“ halten müsse. Eine Unterstützung der Kollegen wurde rundweg abgelehnt und so die jeglicher Mittel entblößten Arbeiter zur Annahme des Unternehmerdiktates gezwungen.

Die Diskussion zum Bericht der Lohnverhandlungskommission und zum Bericht Hentschels wurde in der Hauptsache von den Funktionären der Belegschaft bestritten. Die übrigen Arbeiter verhielten sich abwartend. Erst nach Verlesung der Namensliste, welche die Namen der Kollegen enthielt, die die Arbeit zu den von der Firma gestellten Bedingungen wieder aufnehmen konnten, kam etwas Leben in die Anwesenden. Die alsdann vorgenommene Abstimmung ergab mit 80 gegen 67 Stimmen die Annahme des vorgelesenen Vertragsentwurf und damit die Beendigung des Streiks. Daß die Arbeit sofort am nächsten Tage wieder aufgenommen wurde, läßt darauf schließen, daß die Firma sich doch nicht in einer so rosigten Lage befunden hatte, wie sie es der Belegschaft mit Erfolg vorzutäuschen vermochte. Verschiedene Aufträge mußten erledigt werden, und der Firma brannte bestimmt, trotz ihrer gegenteiligen Behauptung, das Feuer unter den Nägeln.

Ueber die Haltung und die Rolle, welche die Syndikalisten bei diesem Streik spielten, sowie über die Lehren dieses Streiks soll in einem späteren Bericht Mitteilung gemacht werden. Eins steht jedoch schon fest: daß sich die Syndikalisten zur Führung eines Streikes als unfähig erwiesen haben.

Wie kommt die Einheitsfront?

Unter dieser Ueberschrift bringt das Organ der Bekleidungs- und Textilarbeiter einen Artikel, der sich mit dem Problem der Herstellung der (proletarischen) Einheitsfront befaßt und die Möglichkeit erörtert, die zur Lösung dieser so wichtigen Frage führen könnte. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Arbeiterschaft der Lösung schon bedeutend näher gekommen wäre, wenn nicht die Kommunistische Partei so schwerwiegende Fehler gerade auf diesem Gebiete gemacht hätte. Die von der KPD. geübte Taktik, sich nur direkt an die Massen zu wenden und die Organisationen der Arbeiter samt ihren Führern auszuschalten, habe sich als total verfehlt und somit als völlig unhaltbar erwiesen. Der „Bekleidungs- und Textilarbeiter“ schlußfolgert, daß sich die KPD., wolle sie zur Herstellung der Einheitsfront das ihrige zu beitragen, an alle Arbeiterorganisationen wenden und auch mit deren Führern verhandeln müsse, um erstmal die Masse überhaupt in Bewegung zu bringen, um dann, wenn dies geschehen, die nun in Bewegung geratene Masse weiterzuführen gegen das Kapital.

Wenn der KPD. nach dieser Beweisführung an dem Nichtzustandekommen der Einheitsfront ein groß Teil Schuld beizumessen ist, wird dadurch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht die entscheidende Rolle der Partei in dieser Frage. Das ist durchaus richtig. Die Dinge liegen tatsächlich so, daß der Schlüssel zur Lösung dieser Frage sich in den Händen der Kommunistischen Partei befindet. Was die Forderung an-

betrifft, die bisherige Taktik der KPD. in dieser Frage sei falsch gewesen und müsse daher aufgegeben werden, ist sie als die wichtigste aus den Darlegungen des Bekleidungsorgans anzusprechen, da sie sich, kurz gesagt, gegen die Theorie des Sozialfaschismus wendet, die aus der SPD. und den freien Gewerkschaften den „linken Flügel“ (Stalin) des Faschismus macht, also SPD. und Faschismus gleichstellt und miteinander vermengt, woraus die Unmöglichkeit des Zusammengehens mit der SPD. bzw. des Verhandeln mit ihren Führern zwecks einer vorläufigen Verständigung zur Beseitigung des größten Feindes des Proletariats, des Faschismus, abgeleitet wird. Es muß also Klarheit geschaffen werden, ob die Formel SPD. und ADGB. = Faschismus richtig ist. Was ist nun eigentlich Faschismus? Der Faschismus ist diejenige Waffe, mit der sich letzten Endes die deutsche Bourgeoisie, die sich in einem verzweifelten Existenzkampf befindet, gegenüber ihrem Gegner, dem Proletariat, durchzusetzen, ihn niederzuringen gedenkt. Es ist das zur Zeit einzigste und radikalste Mittel der Bourgeoisie, das ihr einen Ausweg aus der Klemme verspricht. Der Faschismus ist eine neue Form, ein neues System zur Niederhaltung der Arbeiter, ist die offene Diktatur der Bourgeoisie. Die Anwendung dieser Diktatur würde zur Folge haben die Vernichtung und Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen (also auch der SPD.), nur dadurch ist es dem Faschismus möglich, sein System an die Stelle des heutigen zu setzen. Die Mehrzahl der faschistischen Anhänger setzt sich zusammen aus Kleinbürgern und Mittelständlern, aus in Verzweiflung geratene Schichten des Bürgertums, die erschreckt und voller Angst ob der durch den Kapitalismus hervorgerufenen Zustände einen Ausweg aus ihrer hoffnungslosen Lage suchen, und den sie glauben im Faschismus gefunden zu haben, nicht ahnend, daß sie nur als Werkzeuge den Größeren und Mächtigeren dienen. Natürlich befinden sich auch Proletarier in den Reihen des Faschismus. Soweit es sich aber hierbei nicht um gekaufte Elemente handelt, ist das darauf zurückzuführen, daß diese Arbeiter durch die bisherigen deplacierten Handlungen ihrer Führer vor den Kopf gestoßen wurden, und im Zusammenhang des für sie immer größer werdenden Elends in eine

Die Kampfkraft der Organisation

ist in der Stärke ihrer Finanzkraft bedingt, deshalb, Kollegen, stärkt die Organisation durch pünktliche Beitragszahlung!

Panikstimmung geraten, die sie zum Faschismus gelangen läßt. Die Rückkehr dieser Arbeiterelemente ist in dem Augenblick zu erwarten, wo seitens der Arbeiterorganisationen, besonders der KPD., eine klare Haltung eingenommen wird.

Wir sehen also, daß der Faschismus ein System, eine Herrschaftsform des Kapitals ist, deren Anwendung die Beseitigung der letzten demokratischen Mäntelchen, deren sich heute noch die Gewalthaber bedienen, bedingt. Damit ist unweigerlich verbunden die Ausrottung der Arbeiterorganisationen und ihrer Einrichtungen als den Verteidigungsmitteln des Proletariats vor der völligen Versklavung. Die Hauptstütze des Faschismus ist das Kleinbürgertum.

Anders liegen die Verhältnisse bei der SPD. Zwar ist auch sie ein Instrument geworden, deren sich die Bourgeoisie zur Durchführung und Erhaltung ihrer Herrschaft bedient. Aber die Anwendung dieses Instrumentes bietet nur begrenzte Möglichkeiten. Die Ursache ist die, daß sich die SPD., im Gegensatz zum Faschismus, nur halten kann, wenn den Arbeiterorganisationen, auf die sie sich in der Hauptsache stützt, den freien Gewerkschaften, eine gewisse Lebensmöglichkeit geboten ist. Eine Vernichtung der Gewerkschaften würde unneugierig den Untergang der SPD. zur Folge haben. Schon aus diesem Grunde ist die SPD. gezwungen, gewisse Rücksichten auf die Arbeiter zu nehmen und ihnen, wenn auch nur minimale Rechte zu gewähren und zuzugestehen, will sie nicht selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzt. Es ist also ein Unding, zu behaupten, daß SPD. und Faschismus ein und dasselbe sei. Richtig ist nur, daß die Sozialdemokratie schuldig ist an dem Emporwachsen des Faschismus, schuldig ist an dem Ausmaß der faschistischen Gefahr. Die KPD. befindet sich aber im Irrtum mit der Formel SPD. und ADGB. = Faschismus. Desgleichen mit der Behauptung, der Faschismus könne erst nach Vernichtung der SPD. geschlagen werden. Die Beweise liegen vor, daß die KPD. mit ihren bisherigen Methoden die Sozialdemokraten nicht endgültig zu schlagen imstande ist, sonst hätte dies Ziel in all den Jahren, die seit 1918 vergangen sind und in der die SPD. es wahrhaftig nicht hat an Gelegenheiten fehlen lassen, sie vor den Massen zu diskreditieren und bloßzustellen, erreicht werden müssen. Dazu gehört also doch schon mehr als bloß Aufrufe, Appelle, Erklärungen und Hinweise. Es gehört dazu die Tat, durch die die Massen von der Schädlichkeit der SPD. und der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung überzeugt werden. Die KPD. muß an die SPD., an die freien Gewerkschaften und ihre Führer herantreten, wie überhaupt an alle Arbeiterorganisationen, ihre Bereitwilligkeit zu erkennen geben, zur Bekämpfung des Faschismus mit der SPD. und den anderen Organisationen einen Block zu schließen. So nur kann die SPD. gezwungen werden, offen Farbe zu bekennen, und sie wird, ob sie will oder nicht, diesen Block schließen oder aber vor den Augen nicht bloß der kommunistischen, sondern auch, was bis jetzt noch nicht gelungen ist, vor den sozialdemokratischen Arbeitern entlarvt werden. Schlägt die SPD. die angebotene Verständigung über den Weg zur Schließung des Faschismus aus, stellen sich damit die Wels, Breitscheid, Hilferding, all das gesamte verfaulte und verkommene Führergesindel der SPD. und des ADGB. offen auf die Seite der Faschisten, dann wird die Loslösung dieser korrupten Gesellschaft von den Arbeitern erreicht, die dann, da-

durch sehend gemacht, sich sehr rasch von der kommunistischen Idee überzeugen und für sie kämpfen werden.

Die Herstellung der Einheitsfront hängt also im wesentlichen von dem Verhalten der KPD. ab, die eine entscheidende Wendung in ihrer bisherigen Taktik vollziehen müßte. Ob das in der nächsten Zeit erwartet werden kann, ist vorläufig zu beantworten unmöglich. Soweit sich bis heute beurteilen läßt, will die KPD. eine solche Wendung nicht vornehmen, was schon allein aus den Machinationen hervorgeht, mit denen sie die auf dem Standpunkt des Kommunismus sich schon befindlichen Industrieverbände zu spalten und zerschlagen versucht. Doch werden letzten Endes die Verhältnisse sich so zuspitzen, daß ein anderer Weg für die KPD. als den der Verständigung nicht bleibt, oder aber auch sie wird dem Untergang geweiht sein. Der Faschismus drängt mit aller Gewalt zur Macht und befindet sich bald in der Lage, wo er zu offenem Kampfe, zum Aufstand übergehen muß, weil die Widersprüche innerhalb des Faschismus zu einer gewaltsamen Lösung drängen. Befindet sich das Proletariat in einem solchen Augenblick uneinig und zerrissen dem Feinde gegenüber, wird es ungeheurer Anstrengungen und Opfer zur Niederschlagung der Konterrevolution bedürfen. Doch erscheint dann ein Sieg des Proletariats mehr als fraglich.

Es ist daher die Forderung zu unterstützen, die von der KPD. eine Aenderung ihrer Taktik in dem angeführten Sinne verlangt. Doch weisen wir gleichzeitig darauf hin, daß zur Durchführung dieser Forderung auch dem BRIV gewisse Aufgaben und Pflichten erstehen, denen er unverzüglich nachkommen muß. Der Gedanke der Einheitsfront hat unleugbar auch in der Mitgliedschaft des Bundes Platz gegriffen und wird aufs eifrigste diskutiert. Die Partei hat es verstanden, einen, wenn auch geringen Teil der Mitgliedschaft für ihre Taktik zu gewinnen. Die Partei bezeichnet einzelne Führer unserer Organisation als diejenigen, die einer Verständigung aus dem Wege gingen, und findet mit dieser Irreführung Anklang. An uns liegt es, das Gegenteil zu beweisen und der Partei diese falschen Argumente aus der Hand zu schlagen. Nehmen wir die uns durch den Aufruf in der „Roten Fahne“ vom 26. April 1932 gebotene Gelegenheit wahr und fordern wir die Partei zur Verhandlung mit dem Ziel einer Verständigung auf, die auf der Grundlage der von den Bekleidungs- und Metallarbeitern aufgezeigten Punkte geführt werden muß. Lehnt die Partei die Verständigung ab, wird sie endgültig bei den Industrieverbänden ausgespielt haben. Nimmt sie an, um so besser; dann wird der Bruderkampf eingestellt werden können. Die Einsetzung aller Kräfte gegen Faschismus und Reformismus wird dann möglich sein, wodurch der Kampf gegen diese auf einer höheren Stufe als bisher geführt werden kann. Der Erfolg ist unausbleiblich und das Problem der Herstellung der Einheitsfront ist seiner Lösung einen gewaltigen Schritt näher gekommen.

Bezirksverein Berlin

Am Mittwoch, dem 11. Mai, hielt der Berliner Bezirksverein seine Quartalsversammlung ab. Der Besuch war mäßig, was seine Gründe in der schlechten finanziellen Lage, in der sich die einzelnen Kollegen befinden, hat. Die Kollegen können das Fahrgeld nicht aufbringen und bleiben deshalb der Versammlung fern. Auch ist der Kampf, den die Gewerkschaften führen, in einem viel schwierigeren Stadium als ehemals und erfordert mehr Aufopferung und Selbstopferung als früher. Das zum Versammlungsbesuch.

Die Tagesordnung enthielt drei Punkte: 1. Was ist zu tun? 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Verschiedenes. Die Tagesordnung wurde ohne nennenswerte Aenderung angenommen, worauf der Kollege Gerschütz auf den ersten Punkt einging und nach Schilderung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation den Versammelten die vom Vorstand des IVfM. angenommene Resolution an den BRIV. zur Annahme vorlegte und empfahl, was nach ausgiebiger Diskussion einstimmig erfolgte. Die Resolution nimmt Stellung zur Frage der Einheitsfront. Den Wortlaut werden wir weiter unten veröffentlichen.

Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß sich die Organisation in den letzten Monaten in häufigen Kämpfen mit der Unternehmerschaft befunden hat und insbesondere den Kollegen in den Streiks der Stahl- und Walzwerksarbeiter, der Afüarbeiter usw. tatkräftig zur Seite stand. Ferner kamen die von der RGO. in den Bezirken getriebenen Abspaltungsversuche zur Sprache, die sich nicht allein auf die Bauarbeiter beschränkten, sondern die auch in die Reihen der Metallarbeiter verpflanzt werden sollten. Wie aus den Vorgängen im Wedding ersichtlich, arbeitet die RGO. mit den unsaubersten Mitteln und verleitet, wie es den Anschein hat, die ihr Gefügigen sogar zu Diebstahl. Ist doch bis heute die den Metallarbeitern des Bezirks Wedding gehörende Bezirkstafel von der RGO. noch nicht wieder zurückgegeben worden, obwohl schon mehr als 5 Wochen seit der Mitnahme verflorren sind. Der Klärungsprozeß geht indessen seinem Ende entgegen, und es ist als ein gutes Zeichen der Aufgeklärtheit der Kollegen zu betrachten, daß sie sich in der Mehrzahl von den Methoden der RGO. abzuwenden beginnen.

Der vom Kollegen Oczko vorgetragene Kassenbericht zeigt die immensen Ansprüche auf, die teils als Auswirkung des Streiks, dann aber auch als Folgen der allgemeinen Bedingungen, an die Kasse der Metallarbeiter gestellt werden, die aber dank der Mithilfe des Bundes restlos zufriedener gestellt werden. Bei Abschluß der Jahresbilanz habe sich aber herausgestellt, daß die einzelnen Bezirksvereine ihren Verpflichtungen nicht immer gegenüber der Zentrale nachgekommen sind, weshalb von dieser Stelle aus an die Säumigen ein Appell gerichtet werden müsse. Da die Arbeitslosigkeit zur Zeit 80 Prozent der Mitgliedschaft erfaßt habe, seien naturgemäß die Einnahmen entsprechend zurückgegangen. Das habe den Vorstand veranlaßt, der Mitgliedschaft die Einführung eines 10-Pf.-Beitrages und außerdem noch einige Statutenänderungen auf Grund des § 5 des Verbandsstatutes vorzuschlagen. Dadurch werde die Stärkung des Kampffonds bewirkt werden.

Der Revisorenobmann, Kollege Scheil, bestätigte im wesentlichen die gemachten Ausführungen des Kassierers und gab bekannt, daß sich die Kasse bei der Revision in bester Ordnung befunden habe, weshalb er die Entlastung des Kassierers beantrage. Dem wurde mit allen Stimmen stattgegeben.

Zum Schluß wurde über die vorgelegten Statutenänderungen und über die Einführung eines 10-Pf.-Beitrages pro 14 Tage abgestimmt. Beide Anträge gelangten ebenfalls zur Annahme.

Die Statutenänderungen werden wir in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Die Einführung des 10-Pf.-Beitrages erfolgt ab 1. Juli.

Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Rummelsburg, Kantstraße 11. — E 5 Lichtenberg 2094.

Wirtschaftsführer treten ab . . .

Stinnes, Castiglioni, Löwenstein, Kreuger, Eastman, St. Phalle und, wenn man auch einen kleineren erwähnen darf, Jakob Michael sind vom Schauplatz der Wirtschaft abgetreten. Jeder von ihnen war ein Herrscher in seinem Reich. Stinnes herrschte während der Inflationszeit über Bergwerke und Erzhöfen, betrieb Schifffahrt und betätigte sich fast in der gesamten Maschinenindustrie. Was ist geblieben? Eine unspürbare G. m. b. H., nach der kein Hahn mehr kräht. Castiglioni war der ungekrönte Finanzkönig Oesterreichs. Heute fristet er von Gnaden der Banca Commerciale Italiana sein immerhin noch sehr opulentes Leben. Löwenstein, der sich aus dem Flugzeug zwischen England und Belgien ins Meer stürzte, hatte sich das Reich der Kunstseide untertan gemacht und war kurz vor seinem Freitod im Begriff, in das Gebiet der Elektroindustrie siegreich vorzudringen. Aber ihr aller Ruhm verblaßt neben dem Iyar Kreugers, der eine finanzielle Großmacht ersten Ranges war. Noch vor wenigen Monaten konnte er in Amsterdam das neue Haus seiner Dachgesellschaft, der Holländischen Koopmansbank, einweihen. Neben der holländischen Regierung fehlte bei diesem Feste kaum der Vertreter einer europäischen Macht. George Eastman, Generaldirektor der weltbekannten Photofabrik Kodak-Eastman, schied aus dem Leben, ohne daß offensichtliche Finanzschwierigkeiten seines Konzerns vorliegen. Der Seniorchef der großen Spekulations-Kommissionsfirma St. Phalle, Montreal, New York, Paris, London, Zürich, bis vor kurzem auch Berlin, starb vom Schlag gerührt, als ihn die Nachricht vom Hinscheiden Kreugers erreichte. Und Jakob Michael, dessen weitverschachtelter Finanzkonzern nun in Deutschland bedenklich kracht, lebt im Haag das Leben eines stillen Privatmannes. Wohl handelt es sich hier um eine Götzendämmerung, aber noch dümmert es nicht in den Gehirnen des Restes derer, die da meinen, die Wirtschaft zu führen und nicht erkennen, daß die Zeit des Individualismus erfüllt ist, der Kollektivismus an der Schwelle der Zeit harret, um die Herrschaft anzutreten.

Flucht der Unternehmer

Im englischen Unterhaus wurde kürzlich vom Handelsminister über den Stand der Industrieemigration in England Mitteilung gemacht. Die Zahl der Ausländer, die sich in Großbritannien mit dem Ziel industrieller Produktion niederzulassen wünschen, ist vom 3. Februar bis Ende März von 250 auf 438 gestiegen. Darunter befinden sich 195 Anfragen von deutschen Firmen, 31 von belgischen, 24 von nordamerikanischen, 21 schweizerische und 97 sonstige Unternehmungen. Von den Produktionszweigen, die hauptsächlich in Frage kommen, wurden folgende genannt: Textilien (76 Fälle), Strumpfwaren (48), Lederwaren (29), elektrische Artikel (22), Radio (23) und Konfektion (24). In 35 Fabriken ist die Produktion bereits aufgenommen worden. Die Zahl der englischen Arbeiter, die als Folge dieser Industrieemigration zusätzlich beschäftigt werden, wurde Mitte Februar auf 30 000 bis 40 000 geschätzt. Sollten alle Pläne, die gegenwärtig ernsthaft erwogen werden, zur Ausführung kommen, würden weitere 50 000 bis 60 000 britische Arbeiter Beschäftigung finden. Auch sonst erhofft England durch diese Einwanderung ganzer Industriezweige eine Anregung der Wirtschaft. Die eingewanderten Industrieunternehmen sollen namentlich dort angesiedelt werden, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist und das Wirtschaftsleben stark daniederliegt.

Englische Auswanderer fluten zurück

England war bisher ein Auswanderungsland, das seinen Bevölkerungsüberschuß den Ländern des Britischen Reichs und den Vereinigten Staaten abgab. Im Jahre 1913 betrug noch die Zahl der Auswanderer nach Abzug der Rückwanderer zwischen 100 000 bis 200 000. In den Jahren 1927 bis 1929, in denen die Agrarkrise der überseeischen Länder bereits in Erscheinung trat, hat sich die Wanderungsbewegung aus England merklich verlangsamt. Im Jahre 1930 ging bereits die Zahl der Auswanderer so stark zurück und nahm die Zahl der Rückwanderer so stark zu, daß ein Ueberschuß von Auswanderern nur noch in Höhe von 26 000 Personen zu verzeichnen war.

Im Jahre 1931 trat erst die Wendung voll in Erscheinung. In diesem Jahr betrug die Zahl der Auswanderer weniger als die Hälfte der Rückwanderer. Mehr als 70 000 Leute kamen in diesem Jahr, trotz großer Arbeitslosigkeit in England selbst, in die Heimat zurück, so daß die Zahl der Rückwanderer die der Auswanderer um 37 000 überstieg. In England sieht man dieser Bewegung mit Sorge entgegen. Zwar geht dort die Zahl der Geburtenüberschüsse infolge der Geburtenregelung sehr stark zurück, dennoch treten vorläufig noch — bis zu den 40er Jahren — etwa 200 000 Personen jährlich neu ins Erwerbsleben. Aus diesem Grunde wird der Strom der Rückwanderer als eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes empfunden.

Verzicht auf tarifliche Rechte?

Die heutige katastrophale Arbeitslosigkeit bringt es mit sich, daß die Arbeitgeber diese Situation ausnutzen und den Arbeitern den Tariflohn nicht bezahlen. Widersprechen die Arbeiter, dann ist dieser Verzicht nicht zustande gekommen. Schweigen sie still, dann wird auch nicht ohne weiteres der Verzicht angenommen. Erklären sie sich mündlich einverstanden oder unterschreiben sie eine Ausgleichquittung, dann ergibt sich hieraus wie auch aus dem Stillschweigen ebenfalls noch nicht die Wirksamkeit eines derartigen Verzichts. Die Arbeiter können immer noch nachträglich ihren Tariflohn für die zurückliegende Zeit fordern, indem sie einwenden, daß sie nicht verzichtet, sondern nur wegen der Befürchtung, sonst entlassen zu werden, also unter dem wirtschaftlichen Druck des Arbeitgebers, vorläufig wegen der Zahlung des vollen Tariflohnes nichts unternommen hätten.

Wird eine derartige Forderung auf Zahlung des Tariflohnes erst nach der Entlassung erhoben, dann muß sie allerdings unverzüglich gegenüber dem Arbeitgeber bzw. durch Klage vor dem Arbeitsgericht geltend gemacht werden. Denn ein zu langes Warten nach der Entlassung mit der Erhebung dieser Forderung würde eine Verwirkung dieser Rechtsansprüche sein können. Die Gerichte nehmen dann Verwirkung deshalb an, weil ja mit der Entlassung der unmittelbare wirtschaftliche Druck des Arbeitgebers weggefallen sein soll. Nur wenn die Arbeiter von sich aus erfahren haben, daß der Arbeitgeber seinen Betrieb stilllegen will, weil er die Lasten nicht mehr tragen kann, können die Arbeiter vollkommen freiwillig nach Fälligkeit auf ihren vollen Tariflohn verzichten, um sich auf diese Weise bis zu dem Eintritt besserer Verhältnisse ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Diese vorstehenden Grundsätze hat das Reichsarbeitsgericht nunmehr insgesamt in ständiger Rechtsprechung aufgestellt. (Siehe neuerdings RAG. Aktenzeichen 454/31, Urteil vom 27. Februar 1932.) Wann Arbeiter wirklich freiwillig auf ihren vollen Tariflohn verzichten sollten, kann man sich sehr schwer vorstellen. Ohne dahingehende Aufforderung des Arbeitgebers oder seiner Vertreter wissen die Arbeiter ja gar nicht, wann es dem Betrieb „so schlecht“ geht. Dann handeln sie aber nicht mehr freiwillig, sondern unter wirtschaftlichem Druck. Im übrigen können auch die den Entlassungsschutz genießenden Arbeiterratsmitglieder den Widerspruch der Belegschaft gegen die untertarifliche Bezahlung anmelden, und auch die Gewerkschaften können

An unsere Mitgliedschaft

Die anhaltende Krise, in Verbindung mit der großen Arbeitslosigkeit, hat auch innerhalb unserer Organisation katastrophale Auswirkungen zeitigt. Da die Erwerbslosigkeit in unserer Mitgliedschaft sehr groß ist, sind die Eingänge an Beitragsgeldern stark zurückgegangen.

Um die Schlagkraft der Organisation und die Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern zu erhalten, hatte deshalb der Vorstand beschlossen, durch eine Urabstimmung, unter den gesamten Mitgliedern, festzustellen, ob die Mitgliedschaft gewillt ist, die schwarzen Freimarken für arbeitslose und kranke Mitglieder mit 5 Pf. pro Woche zu bezahlen.

Die Urabstimmung ist nun durchgeführt, und es haben sich 59 Prozent der gesamten Kollegen daran beteiligt, und von diesen 59 Prozent stimmten 43 Prozent mit Ja, das heißt für Einführung der 5-Pf.-Marke für Arbeitslose und kranke Mitglieder, und 16 Prozent mit Nein, gegen Einführung der Marke.

Auf Grund der Abstimmung hat der Zentralvorstand in seiner letzten Sitzung vom 13. Mai 1932 beschlossen, daß ab der 23. Woche alle arbeitslose und kranke Kollegen die 5-Pf.-Marke pro Woche zu kleben haben.

Die Ortsgruppenkassierer werden in kürzester Zeit die 5-Pf.-Marken durch die Zentrale erhalten.

Der Zentralvorstand:

Arth. Stephan, Karl Kohlmann, Richard Noack,
Otto Freygang, Erwin Hinze.

unmittelbar durch ihre Angestellten oder auch schriftlich dem Arbeitgeber erklären, daß die Belegschaftsangehörigen tatsächlich auf ihre tariflichen Rechte nicht verzichten haben. Auf diese Weise kann man die rechtliche Situation beizeiten einwandfrei gestalten. Die Arbeitgeber und ihre Verbände pflegen die Vertragsgrundsätze des Bürgerlichen Gesetzbuches stets als heilig zu bezeichnen. Ein solcher Grundsatz ist auch: Verträge sind einzuhalten! Für die Tarifverträge gilt das um so mehr, als der Gesetzgeber in der Reichsverfassung und in der Tarifvertragsverordnung den arbeitsvertraglichen Anspruch aus den Tarifnormen zwingend gestaltet hat. Aber in diesem Falle haben die Arbeitgeber kein Verständnis für die Heiligkeit der Vertragsgrundsätze, die sie, wenn es ihnen Vorteil bringt, stets so stark betonen. Deshalb müssen hier die Arbeiterräte, die Gewerkschaften und die Arbeitsgerichtsbehörden nachhelfen.

Die Erhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung

Bekanntlich hat in der Invalidenversicherung nur derjenige Anspruch auf Invalidenrente, der mindestens 200 Beiträge, davon mindestens 100 Beiträge auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, durch Kleben von Invalidenmarken gezahlt hat. Sind die 100 Pflichtmarken nicht geklebt worden, so verlängert sich die Anwartschaftszeit auf 500 Beitragswochen.

Die Anwartschaft erlischt aber, wenn in den letzten zwei Jahren, vom Ausstellungstag der letzten Invalidenkarte an gerechnet, weniger als 20 Marken geklebt worden sind. Dann verfallen auch die schon früher geklebten Marken. Hat ein Versicherter aber in seinem Leben bisher weniger als 60 Pflichtmarken geklebt, so muß er alle zwei Jahre mindestens 40 Beitragsmarken zur Aufrechterhaltung der Versicherung kleben.

Ist die Anwartschaft einmal erloschen, so lebt sie nur dann wieder auf, wenn der Versicherte nach dem Erlöschen der Anwartschaft wieder, wenn er noch nicht 40 Jahre alt ist, mindestens 200 neue Marken klebt. Hat er das 40. Lebensjahr überschritten, so lebt die Anwartschaft nur wieder auf, wenn wieder 500 neue Beitragswochen zurückgelegt sind. Im übrigen erlischt die Anwartschaft nie, wenn

zwischen Eintritt in die Versicherung (Tag der Ausstellung der ersten Invalidenkarte) und Eintritt des Versicherungsfalles (Beginn der Invalidität) mindestens drei Viertel der Zeit mit Beitragsmarken belegt sind.

In dieser Zeit der Arbeitslosigkeit kommt es nun sehr oft vor, daß Versicherte aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen ihre Anwartschaft auf Invalidenrente verlieren. Das ist dann, wie gesagt, der Fall, wenn in den letzten zwei Jahren nicht mindestens 20 Beitragswochen zurückgelegt werden. Unter diesen Beitragswochen werden aber auch sogenannte Ersatzzeiten (bescheinigte Krankheitszeiten usw.) verstanden, so daß es nicht durchaus notwendig ist, daß der Versicherte die 20 Beitragswochen durch 20 geklebte Marken in der Invalidenkarte beweisen muß.

Damit nun die Arbeitslosen vor der Gefahr, ihre Anwartschaft in der Invalidenversicherung zu verlieren, geschützt werden, bestimmt der § 129 AVAVG., daß bei Gefährdung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung das Arbeitsamt auf Antrag des Arbeitslosen aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft nötigen Marken zu kleben hat. Diese Möglichkeit besteht aber nur für Empfänger von Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung, so daß diese, wenn sie die Invalidenkarte umtauschen müssen, aber noch keine 20 Marken in der alten Karte geklebt haben oder keine aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung hervorgegangene Krankheitszeiten nachweisen können, einen entsprechenden Antrag an das Arbeitsamt stellen können. Lehnt das Arbeitsamt die Zahlung der Beiträge ab, so kann es im Wege des Spruchverfahrens (durch den Einspruch beim Spruchauschuß) dazu gezwungen werden.

Diese Möglichkeit besteht aber nur für den Bezieher von Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung. Ist der Arbeitslose ausgesteuert und bezieht Wohlfahrtsunterstützung, so kann er den Antrag auf Entrichtung der Beiträge nur an das Wohlfahrtsamt stellen. Dieses wird in der Regel die fälligen Beiträge zahlen. Weigert es sich, so steht auch hier die Einspruchsmöglichkeit, wenn der Betroffene in der Stadt wohnt, beim Magistrat, oder wenn er auf dem Dorfe wohnt, beim Kreisaußschuß offen.

Wer überhaupt keinerlei Unterstützung erhält, kann zwar auch einen Antrag auf Entrichtung der Beiträge an das Wohlfahrtsamt stellen, aber bei ihm wird es etwas schwieriger sein, die Entrichtung der zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft notwendigen Beiträge durchzusetzen. Trotzdem steht auch ihm die Einspruchsmöglichkeit beim Magistrat oder beim Kreisaußschuß offen, die er mit der Notlage, in der er sich befindet, beweisen muß.

Wahnsinns-Wirtschaft

Das Internationale Arbeitsamt gibt in einem Bericht folgendes bekannt:

Bis Ende 1931 sind im ganzen 20 Millionen Sack Kaffee vernichtet worden. In diesem Jahre waren es bis 1. April 1932 weitere 3,8 Millionen Sack.

Zur Stützung des Eierpreises beabsichtigen die holländischen landwirtschaftlichen Genossenschaften 100 Millionen Eier aus dem Marktverkehr zu nehmen. Die daraus entstehenden Verluste werden aus einem staatlichen Garantiefonds gedeckt. Gleichzeitig wird eine Einschränkung der Kükenzucht vorgesehen.

Die Folgen der Zollpolitik zugunsten des Großgrundbesitzes für die Konsumenten ergeben sich aus folgenden Zahlen:

1 Tonne Roggen in Berlin	196,60 RM,
1 Tonne Roggen in Posen	108,60 RM,
1 Tonne Roggen in Rotterdam	85,70 RM,
1 Tonne Gerste in Berlin	158,10 RM,
1 Tonne Gerste in Rotterdam	91,50 RM,
1 Tonne Mais in Deutschland	167,70 RM,
1 Tonne Mais in Buenos Aires	49,40 RM.

Düngemittel wie Leunasalpeter sendet das Stickstoffsyndikat nach Holland zum Preise von 13 RM pro Doppelzentner, während für die gleiche Ware in Deutschland 23 RM gezahlt werden muß. Superphosphat wird von Deutschland nach Holland für 2,75 RM pro Zentner geliefert, in Deutschland selbst kostet derselbe 4,70 RM.

Millionen hungern, darben, greifen aus Verzweiflung, da sie für sich und ihre Familien nicht die notwendige Nahrung beschaffen können, zum Strick oder Gas, während die Parasiten der Menschheit, um ihre Profitrate zu halten, Millionen Werte von Lebensmitteln vernichten lassen! So will es die privatkapitalistische Gesellschaftsordnung.

Versammlungskalender

Berlin:
Jeden Mittwoch nach dem 15. in Lichtenberg, Hauptstr. 87 (Poezontock).

Köpenick:
Jeden Montag nach dem 15. in Köpenick, Rosenstraße 11 (Augustin).

Waltersdorf:
Jeden 1. Dienstag im Monat in Rüdersdorf, Brückenstr. 1 (Rusch).

Potsdam:
Jeden 2. Dienstag im Monat in Potsdam, Alte Königstr. 27 (Wüstenhagen).

Fürstenberg:
Jeden 1. Freitag im Monat in Fürstenberg a. d. O., Güh-ring, Buchkrug.

Kremmen:
Jeden Montag vor dem 15. in Kremmen, Dammstr. 219 (Olm).

Niederlehme:
Jeden Freitag nach dem 15. in Niederlehme, Neue Mühler-Ecke Bismarckstr.

Unbedingte Pflicht ist es, daß jeder Kollege die für ihn in Frage kommende Versammlung besucht.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 23. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 23.